

Digitaler Kapitalismus ohne Arbeit?

Inhaltsübersicht

Einleitung	1
Megatrend Digitalisierung	2
Digitale Massenarbeitslosigkeit?	3
Technischer Fortschritt und Beschäftigung	6
Gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge	9
Digitaler Fortschritt und Verteilung	10
Politische Herausforderungen	11

Einleitung

Die Digitalisierung erfasst nahezu alle Wirtschaftsbereiche und Arbeitsfelder und führt zu großen Veränderungen und Herausforderungen für die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften. In vielen von ver.di organisierten Branchen und Unternehmen sind Arbeitsplätze unmittelbar bedroht. Prominente Studien behaupten, dass in den kommenden Jahrzehnten etwa die Hälfte der bestehenden Arbeitsplätze gefährdet seien. Vor diesem Hintergrund gewinnen Debatten an Fahrt, die schon seit vielen Jahren immer wieder geführt werden: Dass der Gesellschaft „die Arbeit ausgehe“, dass wir eine „Maschinensteuer“ oder ein ganz neues Sozialsystem bräuchten, das nicht mehr auf der Erwerbsarbeit beruht, oder dass statt Guter Arbeit für alle doch ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle die anzustrebende Alternative sei.

Doch gleichzeitig erreicht die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland immer neue Rekorde und seit einigen Jahren nimmt auch das Ar-

beitsvolumen, die Gesamtstundenzahl der geleisteten Erwerbsarbeit, wieder zu. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum der Arbeitsproduktivität, also die preisbereinigte Wertschöpfung je Stunde, ist trotz Digitalisierung in den letzten Jahrzehnten immer geringer und keineswegs größer geworden. Diesen Fragen und Widersprüchen wollen wir in den vorliegenden *Wirtschaftspolitik Informationen* nachgehen.

Die These, die wir dabei vertreten und begründen, lautet: Die Digitalisierung verändert vor allem die Inhalte und Qualität sowie die Strukturen der Erwerbsarbeit und der Wirtschaft. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist die Sicherung sowie die soziale und humane Gestaltung von Arbeitsplätzen. Darüber hinaus geht es um die Qualifizierung und soziale Absicherung aller Erwerbstätigkeit sowie eine demokratische Regulierung der Wirtschaft. Das gesamtwirtschaftliche Niveau der Beschäftigung und die Entwicklung der Verteilungsverhältnisse sind dagegen keine technologische Frage, sondern eine der ökonomischen Entwicklung als auch der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit. Die zentralen Aufgaben hier sind die Sicherung und Durchsetzung von steigenden Löhnen, kürzeren und sozial gestalteten Arbeitszeiten sowie einer Wirtschafts- und Finanzpolitik, die für qualitatives Wachstum und einen Ausbau gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen sorgt.

Megatrend Digitalisierung

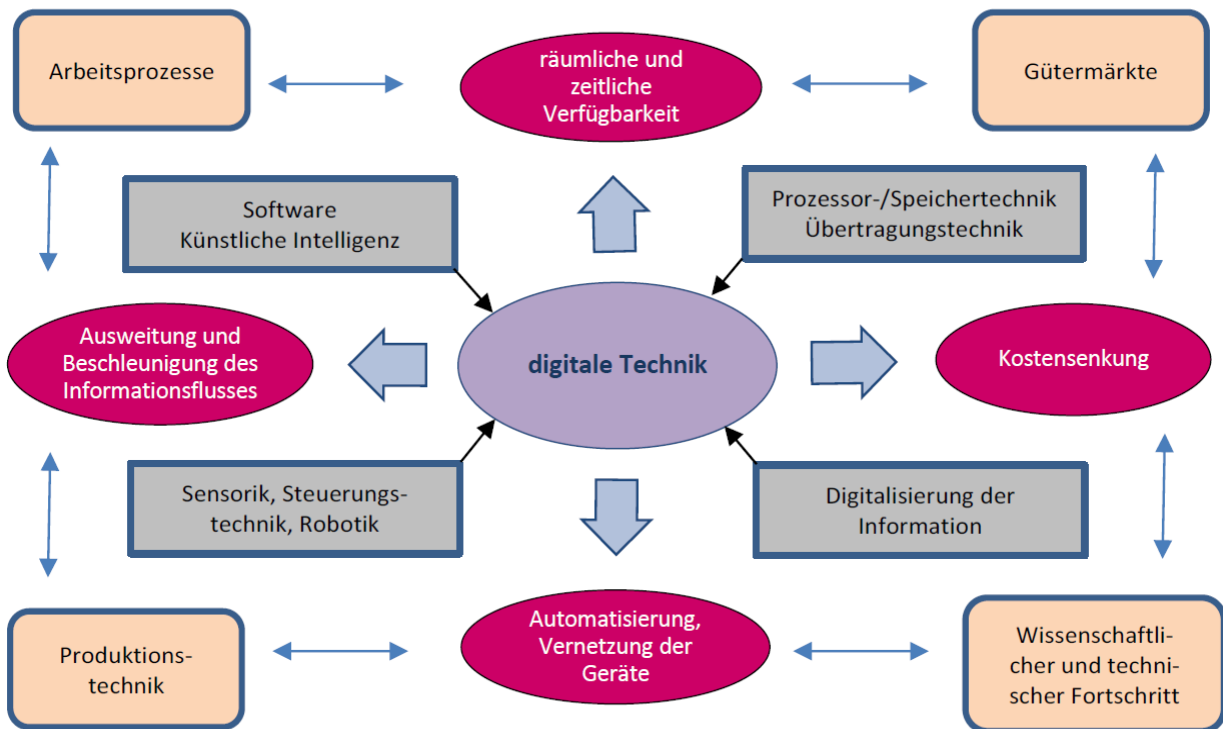
Seit einiger Zeit erleben wir eine hitzige Diskussion über die Digitalisierung von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft. Arbeitgeber, Unternehmensberatungen, Wissenschaft und Politik ver-

künden bereits eine neue industrielle Revolution, ein neues Maschinenzeitalter. Selbstfahrende Autos, menschenähnliche Roboter, Spracherkennungssysteme und 3D-Drucker sollen eine Zeitenwende signalisieren. Und tatsächlich entwickelt sich der digitale Fortschritt mit hoher Geschwindigkeit. Die Leistungsfähigkeit der zugrunde liegenden Mikroelektronik verdoppelte sich in den zurückliegenden Jahrzehnten etwa alle 20 Monate; auch weiterhin sind hier hohe Zuwächse zu erwarten. Die Digitalisierung erfasst heute Dokumente, Nachrichten, Musik, Fotos, Videos und Karten; zugleich schafft sie völlig neue Formen der Kommunikation etwa in sozialen Netzwerken. Digitale Güter lassen sich perfekt und fast kostenfrei vervielfältigen und weiterleiten.

Das Schlagwort Industrie 4.0 ist in aller Munde. Die hochautomatisierte und vernetzte Produktion basiert auf Digitalisierung, auf dem Einsatz immer leistungsfähigerer Roboter, Sensorik, cyberphysischen Systemen und auf der Erhebung und Verarbeitung enormer Datenmengen. Neu ist nicht der flächendeckende Computereinsatz, sondern neu sind die Möglichkeiten digitaler Vernetzung. Über 50 Milliarden Maschinen, Anlagen, Roboter und andere Geräte können mit Hilfe zugewiesener IP-Adressen digital gesteuert und kontrolliert werden. Sensoren ermöglichen eine neue Zusammenarbeit von Mensch und Maschine. Arbeitsabläufe können digital gesteuert und kontrolliert werden.

Der digitale Strukturwandel wälzt auch die Dienstleistungsbranchen um. Es geht also nicht nur um Industrie, es geht umfassend um Wirtschaft 4.0 und Arbeiten 4.0. Bankgeschäfte und Einzelhandel werden immer umfassender online abgewickelt bzw. gesteuert. In den Krankenhäusern unterstützen Computer Diagnose und The-

Die umfassende Wirkung der Informationstechnik



Quelle: Economix

rapie. Pflegeroboter können das Pflegepersonal bei schweren körperlichen Arbeiten entlasten. Die Deutsche Post und Amazon wollen Pakete künftig durch Drohnen ausliefern lassen. Roboter mähen den Rasen, sie kochen Essen und saugen Staub.

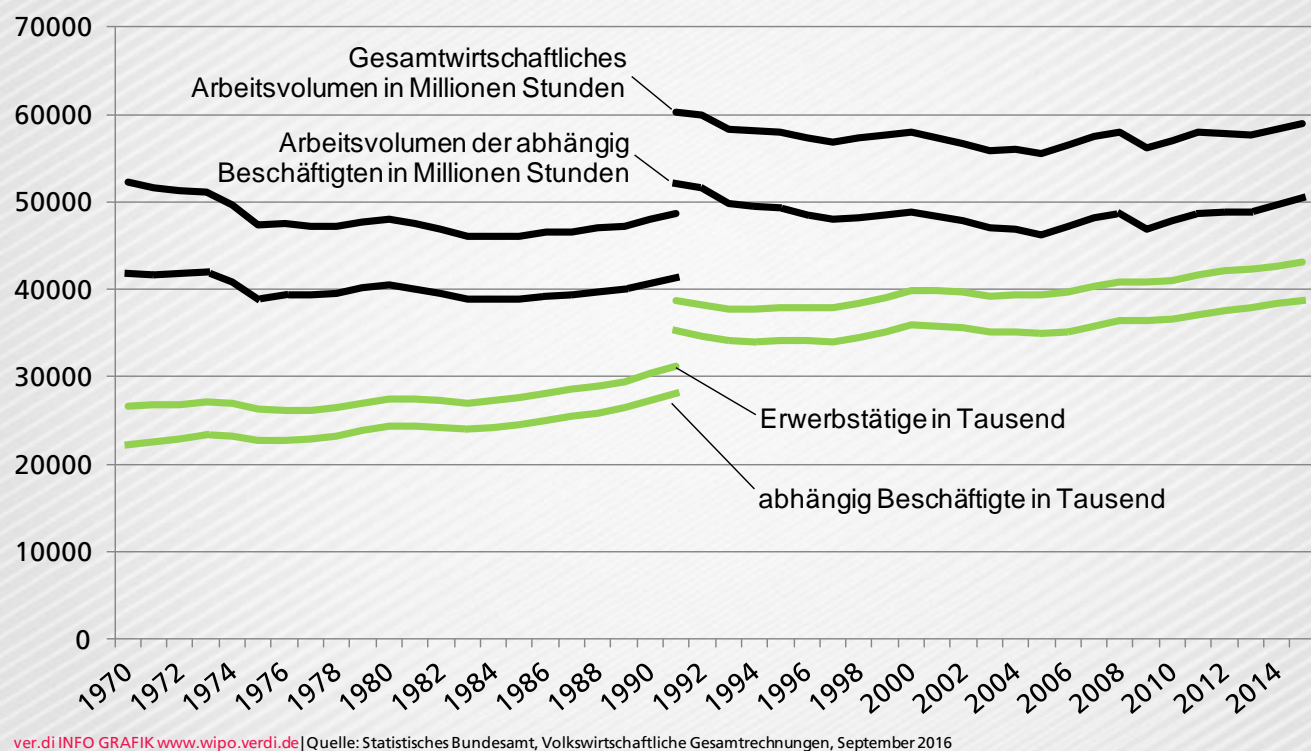
Die durch Informationstechnik (IT) getriebene Transformation habe gerade erst begonnen, so wird oft argumentiert. Die neue Informations- und Kommunikations- (IuK)-Technologie entfalte ihre volle Wirkung erst längerfristig. Sie brauche ergänzende Innovationen, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit kräftig anzukurbeln. Nur mit Hilfe erheblicher Organisationsinnovationen könnten die Vorteile des digitalen Fortschritts komplett genutzt werden. Neue Geschäftsmodelle müssten erst entwickelt werden. In den Unternehmen könne es fünf bis sieben Jahre dauern,

bis sich IT-Investitionen in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit niederschlagen. Die großen Produktivitätssprünge kämen erst noch. Dann aber sprengten die exponentielle Entwicklung der Computertechnik, steigende digitale Datenmengen und kombinatorische Innovationen angeblich alle Fesseln des Wachstums.

Digitale Massenarbeitslosigkeit?

Welche Auswirkungen hat diese Entwicklung auf den Arbeitsmarkt? „Roboter gefährden 59 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland“, schrieb *Focus Online* am 2. Mai 2015, und *Die Welt* behauptete am gleichen Tag: „Maschinen könnten 18 Millionen Arbeitnehmer verdrän-

Erwerbsarbeitsvolumen und Erwerbstätige in Deutschland



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, September 2016

gen“. Es sind spektakuläre Überschriften wie diese, welche die deutschen Medien in diesem Zusammenhang immer wieder formulieren. Sie beziehen sich dabei meist auf wissenschaftliche Studien zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt. Aufgrund eines komplexen theoretischen Modells ermitteln beispielsweise die US-Forscher Carl Benedikt Frey und Michael A. Osborne¹ die Wahrscheinlichkeiten, nach denen heutige Tätigkeiten oder Berufe in einer nicht näher bestimmten Zukunft durch Automatisierung wegfallen könnten. Ähnliche Fragestellungen verfolgen andere Studien zum europäi-

schen und zum deutschen Arbeitsmarkt², die methodisch daran anschließen. Wie viele Arbeitsplätze in welchen Zeiträumen tatsächlich wegfallen werden und wie sich die Zahl der Beschäftigten folglich entwickeln wird, kann auf dieser Grundlage allerdings nicht ermittelt werden.

Tatsächlich ist die Zahl der Erwerbstätigen und der Lohnarbeitenden in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen, und in den meisten Ländern gilt dies auch für die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Abbau von Beschäftigung und Zunahme von Erwerbslosigkeit ist mit ökonomischen Krisenprozessen, in der EU speziell mit

¹ Frey, Carl Benedikt und Michael A. Osborne, 2013: The Future of Employment: How Susceptible Are Jobs to Computerisation?

² Brzeski, Carten und Inga Burk, 2015: Die Roboter kommen. Folgen der Automatisierung für den deutschen Arbeitsmarkt. Bowles, Jeremy: The computerisation of European jobs - who will win and who will lose from the impact of new technology onto old areas of employment? <http://www.bruegel.org/nc/blog/detail/article/1394-the-computerisation-of-european-jobs/>

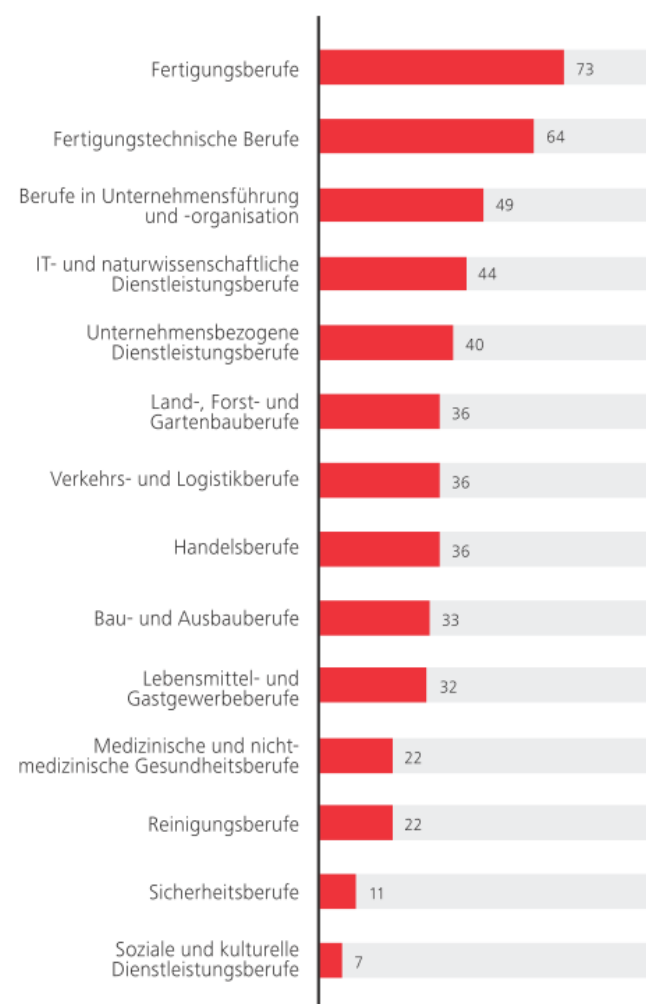
den Folgen der globalen Finanzkrise und der Eurokrise, und nicht mit Technologiesprüngen zu erklären. Auch die Ausweitung prekärer Beschäftigung und die Umverteilung zugunsten von Kapitaleinkommen und Spitzenverdienern sind mit ökonomischen, sozialen und politischen Entwick-

» Nicht Technologie, sondern Politik und Krisen sind verantwortlich für Erwerbslosigkeit.

lungen zu erklären. Also der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, der fortschreitenden Globalisierung und Entwicklung des Finanzkapitalismus sowie einer Politik der Liberalisierung der Arbeitsmärkte, der Schwächung der Gewerkschaften und des Abbaus des Sozialstaats. Informations- und Kommunikationstechniken spielen dabei zwar eine Rolle, sind aber nicht die unmittelbaren Ursachen.

Die genannten Studien sind aus verschiedenen Gründen mit Vorsicht zu betrachten. Zunächst beruhen sie auf allgemeinen Beschreibungen, nicht auf der Betrachtung konkreter Tätigkeiten von Personen in ihren betrieblichen und ökonomischen Zusammenhängen und deren Schnittstellen zu anderen Beschäftigten, Tätigkeiten und ökonomischen Prozessen. Es ist davon auszugehen, dass viele dieser Arbeitsplätze erhalten bleiben werden, weil die volle Automatisierung sich doch schwieriger darstellt. So erfordert die Einführung neuer Techniken große Investitionen. Selbst wenn sich neue Computertechnik, Software, Roboter und andere automatische Maschinen ständig weiter verbilligen, sind die Anschaffung von vielen Millionen dieser Geräte, die Umstellung der Produktionsabläufe und Anlagen sowie der Aufbau der Netzinfrastrukturen mit großem Arbeitsaufwand verbunden. Die damit einhergehenden Schwierigkeiten und Kosten werden dazu beitragen, dass die neuen Techni-

Abbildung 2
Substituierbarkeitspotenziale nach Berufssegmenten (in %)



Anmerkung: Anteil der Tätigkeiten, die schon heute potenziell von Computern erledigt werden könnten (in %)
Quelle: Matthes/Dengler (2015a,b), Berufenet (2013).

ken erst nach und nach die verschiedenen Betriebe und Wirtschaftsbereiche durchdringen.

Doch auch in der Produktion der neuen Maschinen wird die Automatisierung fortschreiten, und per Saldo wird gesamtwirtschaftlich für die gleiche Produktion deutlich weniger Arbeit benötigt als heute. Gleichzeitig aber entstehen neue Produktionen, und die Produktion insgesamt wird wachsen.

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung kommt mit einem Ansatz, der von Tätig-

keitsstrukturen am Arbeitsplatz statt von Berufen ausgeht, zu deutlich geringeren Automatisierungswahrscheinlichkeiten. Danach liegt der Anteil der Arbeitsplätze mit hoher Automatisierungswahrscheinlichkeit bei etwa 12 Prozent statt bei etwa der Hälfte. Da vermehrt komplexe, nicht automatisierbare Arbeiten anfielen und es zu gesamtwirtschaftlichen Anpassungsprozessen komme, könne „der Effekt auf die Gesamtbeschäftigung daher durchaus positiv ausfallen“.³

Auch eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit auf der Grundlage der deutschen Arbeitsmarktstrukturen und -daten kommt zu erheblichen geringeren Potenzialen für den Ersatz menschlicher Arbeit durch Digitalisierung. Fachkraftberufe sind dabei ähnlich bedroht wie Helferberufe. Aufgrund der Struktur der Berufe, die sie ausüben, sind Männer potenziell etwas stärker betroffen als Frauen.⁴

Es ist zu vermuten, dass Digitalisierungsprozesse zur Entstehung neuer und zur Vertiefung bestehender sozialer Spaltungen beitragen. Besonders bedroht sind Geringverdienende und Geringqualifizierte. Vor allem einfache Tätigkeiten in der Fertigung werden abnehmen, Arbeitsplätze in IT und Software-Entwicklung hingegen stark zunehmen. Andererseits könnten die Arbeitskostenvorteile traditioneller Niedrigkostenstandorte durch Digitalisierung schrumpfen, was es wiederum attraktiver machen würde, zuvor ausgelagerte Jobs wieder zurückzuholen.

Für Länder, die in der internationalen Arbeitsteilung darauf spezialisiert sind, die Automatisierungstechniken zu produzieren, könnten

tatsächlich Beschäftigungsgewinne entstehen. Darauf setzen offenbar die deutsche Industrie und die Bundesregierung mit ihrer Industrie-4.0- und Hightech-Strategie. Als Kehrseite drohen allerdings umso größere Beschäftigungsverluste in anderen Ländern, die Automatisierungstechnik nur anwenden, ohne sie selbst zu produzieren. Weniger entwickelte Länder würden so noch weiter abgehängt. Die außenwirtschaftlichen Überschüsse Deutschlands und die davon ausgehenden internationalen Ungleichgewichte und Verschuldungsverhältnisse würden damit fortgeschrieben oder noch gesteigert. Über kurz oder lang würde dies zu neuen Krisen führen – wenn nicht entsprechende wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

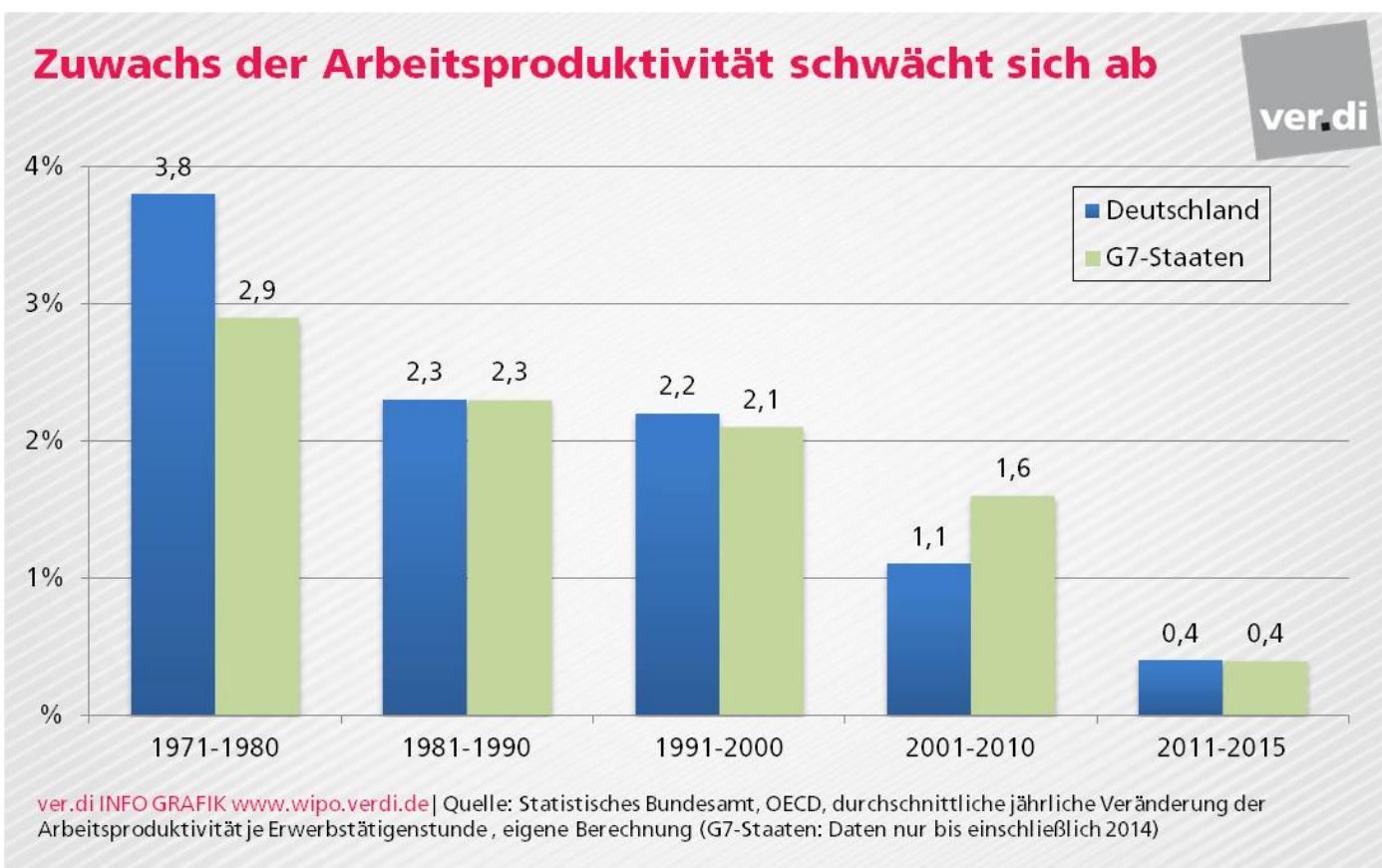
Um zu einer realistischen Einschätzung der absehbaren künftigen Beschäftigungsentwicklung zu kommen, reicht es nicht aus, technische Möglichkeiten oder nur bestimmte Wirtschaftssektoren zu untersuchen. Es müssen die gesamte Arbeitswelt und gesamtwirtschaftliche Entwicklungen betrachtet werden.

Technischer Fortschritt und Beschäftigung

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kann das jährliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) dargestellt werden als Produkt aus der jeweils gesamtwirtschaftlich durchschnittlichen Arbeitsproduktivität (als BIP je Erwerbsarbeitsstunde), der Arbeitszeit je Erwerbstätigen (in Erwerbsarbeitsstunden pro Jahr), und der Zahl der Erwerbstätigen. Das Erwerbsarbeitsvolumen (und bei konstanter durchschnittlicher Arbeitszeit auch die Beschäftigung) sinkt dann, wenn das Wachs-

³ Bonin, Holger und Terry Gregory, Ulrich Zierahn, 2015: Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf Deutschland.

⁴ Katharina Dengler: Folgen der Digitalisierung für die Arbeitswelt, WISO direkt 17/2016



tum der Arbeitsproduktivität höher ist als das des preisbereinigten BIP.

Was heißt das für unseren Fall? Wenn wir ausgehend von den genannten Studien annehmen, dass in den nächsten 20 Jahren die Hälfte der bisherigen Arbeitsplätze wegrationalisiert wird, würde das eine Verdopplung der Arbeitsproduktivität über diesen Zeitraum bedeuten. Dies entspräche ihrem durchschnittlichen Anstieg um 3,5 Prozent pro Jahr.⁵ Das wäre keine historisch neue Qualität. In den 1970er Jahren stieg die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je Stunde in Deutschland noch um knapp vier Prozent jährlich, seit dem Jahr 2000 bisher allerdings nur noch um etwa ein Prozent. Trotz aller wissenschaftlich-technischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte hat sich gesamtwirtschaftlich betrach-

tet der Zuwachs der Arbeitsproduktivität also deutlich verlangsamt.

Eine Ursache dafür ist die schwache Wirtschafts- und Investitionsentwicklung und die Ausweitung von Niedriglohnbeschäftigung in den letzten Jahrzehnten. Vor allem aber ist der geringere Zuwachs der Arbeitsproduktivität durch den Strukturwandel bedingt: Wenn in bestimmten Branchen besonders starke Produktivitätszuwächse stattfinden, der Bedarf an den Produkten dieses Wirtschaftszweigs aber nicht in gleichem Maße wächst, dann wird der Anteil dieses Sektors an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung und Beschäftigung immer kleiner. Weitere Produktivitätssteigerungen in diesem Zweig fallen dann gesamtwirtschaftlich immer weniger ins Gewicht. Gleichzeitig wächst der Anteil jener Tätigkeiten, die bisher weniger rationalisierbar waren. Im Zuge dessen ist der

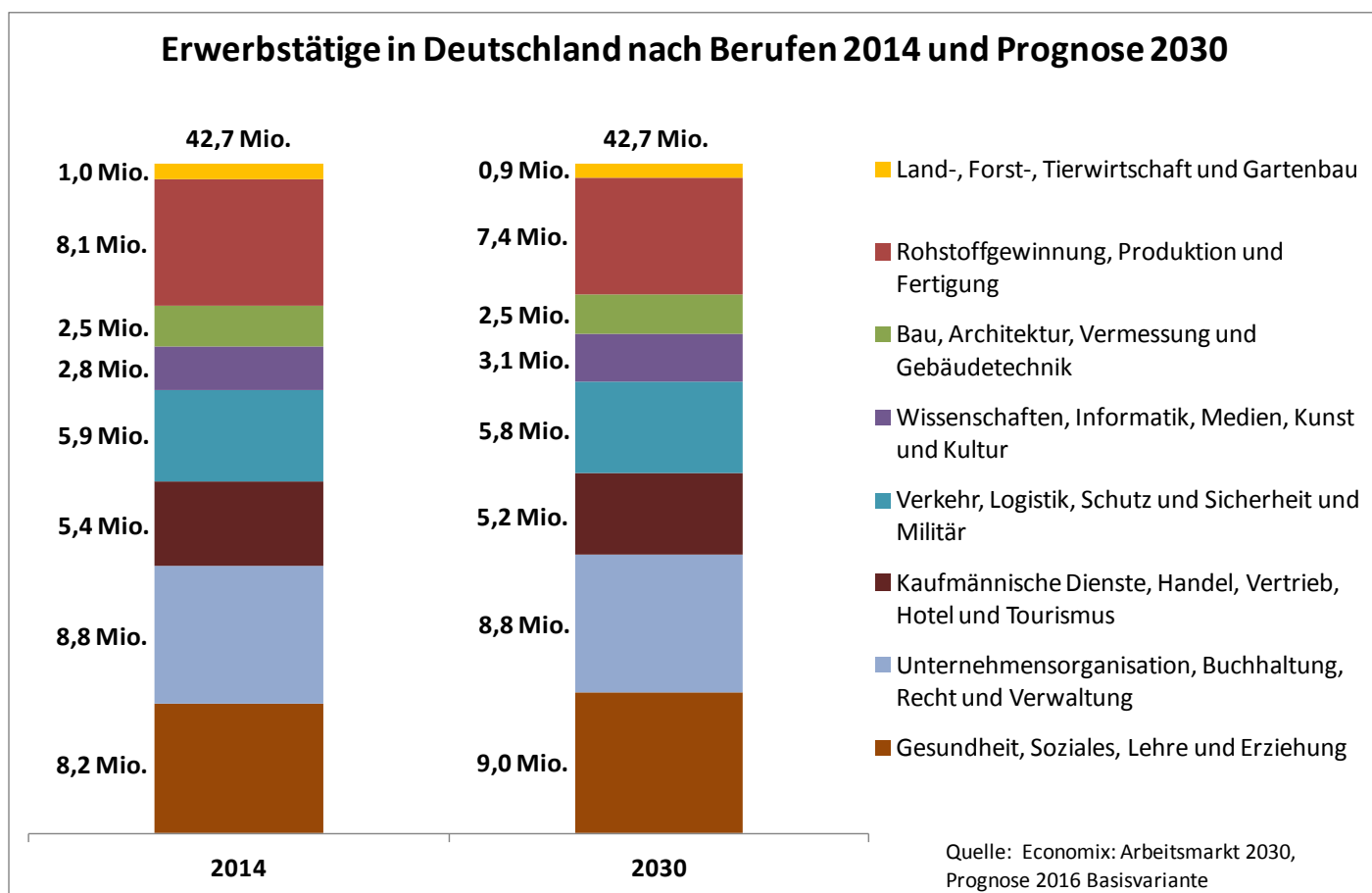
⁵ Ein jährlicher Anstieg um 3,5 Prozent über 20 Jahre berechnet sich als $1,035^{20} = 1,99$, also praktisch eine Verdopplung.

Anteil der Industriebeschäftigten in Deutschland seit den 1950er Jahren von etwa der Hälfte auf ein Viertel gesunken, während der Anteil der Beschäftigung in vielfältigen und auch neuen Dienstleistungsbereichen von etwa einem Drittel auf fast drei Viertel anstieg.

Nun werden durch die Digitalisierung allerdings Arbeiten automatisierbar, die es bisher nicht waren. Das betrifft auch einen großen Teil der Dienstleistungen. Doch auch hier gilt: Die Tätigkeiten, die weniger automatisierbar sind, werden einen zunehmenden Anteil am gesamtgesellschaftlichen Arbeitsvolumen ausmachen. Das wiederum wird die gesamtwirtschaftlichen Zuwächse der Arbeitsproduktivität mindern, sie werden also deutlich geringer sein als die oben genannten 3,5 Prozent im Jahr. Es erscheint da-

her realistisch, wenn die meisten langfristigen Projektionen von einer Steigerung der Arbeitsproduktivität in den kommenden Jahrzehnten um etwa 1,5 Prozent im Jahr ausgehen. Das wäre immerhin eine Steigerung gegenüber dem bisherigen langfristigen Trend abnehmender Produktivitätszuwächse.

Eine aktuelle Prognose von Economix Research und Consulting zum Arbeitsmarkt 2030 im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales Studien nimmt im Szenario beschleunigte Digitalisierung etwas höhere Zuwächse von 1,8 bis 2,4 Prozent an, dennoch prognostiziert sie eine deutlich sinkende Arbeitslosigkeit (S. 73). Auch der IAB-Forschungsbericht 13/2016 „Wirtschaft 4.0 und die Folgen für Arbeitsmarkt und Ökonomie“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und



Berufsforschung, der in komplexen Szenario-Rechnungen die ökonomischen Auswirkungen beschleunigter Digitalisierung zu erfassen versucht, zeigt Verschiebungen in der Struktur, aber keine relevanten Auswirkungen auf das Gesamtniveau der Beschäftigung.

Gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge

Auch die erwähnten und weitere Prognosen und Projektionen sind allerdings von begrenzter Aussagekraft. Sie unterstellen eine positive und weitgehend krisenfreie Wirtschaftsentwicklung. Hieran und damit auch an den positiven Beschäftigungsentwicklungen sind erhebliche Zweifel angebracht. Grundsätzlich sind Massenerwerbslosigkeit sowie die Entwicklung der Beschäftigung immer gesellschaftlich und ökonomisch bedingt, nicht technologisch. In der kapitalistischen Produktionsweise werden neue Techniken von Unternehmen eingesetzt, um höhere Profite zu erzielen beziehungsweise in der Konkurrenz mit anderen Unternehmen Profite zu sichern. Die "Freisetzung" von Arbeitskräften, Massenerwerbslosigkeit und Krisen sind dabei normale, immer wieder auftretende Erscheinungen.

Allerdings wirken auch unter kapitalistischen Verhältnissen Mechanismen, die eine Umsetzung von technologischen Fortschritten und Rationalisierungsgewinnen in wachsende Produktion und steigende Realeinkommen ermöglichen. Kapitalistische Produktion ist auf Akkumulation und Wachstum gerichtet, neue Unternehmen werden gegründet, kreditfinanzierte Investitionen schaffen zusätzliche Nachfrage. Die Konkurrenz und die Verallgemeinerung von neuen Techniken drücken auf die Preise der Waren und begrenzen

die Profite. Der Anteil der Löhne und anderen Masseneinkommen am Volkseinkommen ist aus ökonomischen Gründen und in Folge der Verteilungskonflikte nur in Grenzen zu senken.

Hinzu kommt: Erstens führen steigende Realeinkommen zu steigender Nachfrage nach mehr von den bisher konsumierten oder bisher wenig nachgefragten Produkten oder Dienstleistungen. Zweitens führen neue Techniken nicht nur zu Rationalisierung (Prozessinnovation), sondern auch zu neuen Produkten (Produktinnovation), die zusätzliche Nachfrage und Produktion auslösen. Durch beide Entwicklungen entstehen ständig neue Arbeitsplätze (und Wertschöpfung). Sie können wegrationalisierte Arbeitsplätze und Wertschöpfung kompensieren. Wenn diese Mechanismen nicht über alle Krisenprozesse hinweg langfristig funktioniert hätten, müsste in den entwickelten Ländern Europas, Nordamerikas und in Japan nach den gewaltigen Produktivitätszuwächsen der vergangenen 200 Jahre ein Großteil der Arbeitsplätze längst verschwunden sein.

Die eigentlich relevante Frage für die künftigen Arbeitsmarktentwicklungen ist also, ob und wie die Umsetzung von Produktivitätszuwächsen in höhere Mas-

» Steigende Realeinkommen führen zu zusätzlicher Nachfrage.

seneinkommen – und/oder sozial gesteuerte Arbeitszeitverkürzung – auch unter den Bedingungen eines globalisierten neoliberalen Finanzkapitalismus erreicht beziehungsweise wie dieser eingeschränkt und zurückgedrängt werden kann. Die Unternehmen und ihre Verbände versuchen, den neuen Digitalisierungsschub zur Schwächung von Beschäftigten und Gewerkschaften und zur Stärkung ihrer Macht und Verteilungsposition zu

nutzen. Sie zielen auf eine einseitige Aneignung der Rationalisierungsgewinne beziehungsweise "Digitalisierungsdividende" in Form höherer Gewinne und Vermögenseinkommen. Wenn die transnationalen Konzerne und die Reichen diese Profite zu großen Teilen nicht realwirtschaftlich investieren, sondern in Finanzanlagen stecken, wären längere ökonomische Stagnations- und Depressionsphasen zu befürchten. Dann würden tatsächlich zunehmende Massenerwerbslosigkeit, soziale Spaltung, Polarisierung und dauerhafte Ausgrenzung von wachsenden Teilen der Bevölkerung aus regulärer Erwerbstätigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe drohen.

Einige meinen nun, die Verteilungsauseinandersetzung dadurch umgehen zu können, dass die soziale Sicherung künftig nicht auf Erwerbsarbeit und Arbeitseinkommen beruhen solle, sondern auf „Maschinensteuern“. Doch Maschinen zahlen keine Steuern, sondern es wären immer ihre Besitzer, die Unternehmen, die zahlen müssten. Quelle aller Finanzierung ist letztlich immer die durch Erwerbsarbeit hervorgebrachte Wertschöpfung. Selbst wenn einzelne Produktionsprozesse vollautomatisch sein sollten, gilt dies gesamtwirtschaftlich. Diese wird verteilt auf Löhne, Unternehmens- und Vermögenseinkommen, sowie Abgaben an Staat und Sozialversicherungen. Die Arbeitnehmerentgelte machen dabei etwa zwei Drittel des Volkseinkommens aus und sind daher auch die Hauptfinanzierungsquelle des Sozialstaats.

Die Befürworter einer Maschinensteuer gehen also bei Lichte betrachtet davon aus, dass eine massive Umverteilung zu Lasten der Löhne bevorstehe und nicht verhindert werden könne. Stattdessen sollen dann aber die enorm gestiegenen Kapitaleinkommen durch stark erhöhte Abgaben zugunsten des Sozialstaats

abgeschöpft werden. Sonderlich realistisch ist das nicht. Stattdessen ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, dafür zu sorgen, dass auch künftig die Löhne den größten Anteil des Volkseinkommens ausmachen und dem entsprechend auch die wichtigste Quelle der Sozialstaatsfinanzierung bleiben.

Digitaler Fortschritt und Verteilung

Die Frage der zukünftigen Beschäftigung und Entwicklung des Sozialstaats im digitalen Kapitalismus hängt also mit der Frage nach der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands eng zusammen. Es wäre daher fatal, den anstehenden Wandel als rein technologisch misszuverstehen und seine verteilungspolitische Seite auszublenden.

Im Zeitalter der Digitalisierung verändert sich die Machtarchitektur des modernen Kapitalismus. Unternehmen, die über die meisten Daten, die besten Algorithmen und leistungsstärksten Computer verfügen, gewinnen an Einfluss. Die erfolgreichsten Unternehmen des Silicon Valley haben heute einen höheren Börsenwert als die Börsenschwergewichte der Old Economy. Ihre Gründer gehören zu den reichsten Männern der Welt.

Im digitalen – und zugleich neoliberalen – Kapitalismus konzentriert sich der private Reichtum in immer weniger Händen. In fast allen Industrieländern steigen die Einkommens- und Vermögensunterschiede. In den USA eignet sich ein Prozent der Bevölkerung rund 20 Prozent des gesamten Einkommens an. In den letzten drei Jahrzehnten verdoppelten die US-Superreichen ihren Einkommensanteil. In Deutschland verfügt

das reichste Prozent der Bevölkerung über 15 Prozent des gesamten Einkommens.

Noch ungleicher ist die Vermögenskonzentration. In den Vereinigten Staaten besitzt das reichste 0,1 Prozent der Bevölkerung über 22 Prozent des gesamten Vermögens. In Deutschland halten die reichsten 0,1 Prozent der Bevölkerung 16 Prozent des gesamten Privatvermögens. Und das reichste Prozent verfügt über ein Drittel des Gesamtvermögens.⁶

Die Gleichzeitigkeit von digitalem Fortschritt und wachsender Ungleichheit bedeutet aber nicht, dass die Digitalisierung die steigende Ungleichheit maßgeblich verursacht. Die wichtigsten Treiber der wachsenden Einkommens- und Vermögensunterschiede waren und sind vielmehr die Globalisierung, die Kapitalmarktorientierung, die Massenarbeitslosigkeit, die Deregulierung des Arbeitsmarkts und die steuerpolitische Reichtumspflege. Gewerkschaftliche und sozialstaatliche Errungenschaften, die soziale Sicherheit und Teilhabe am Wohlstand für die Mehrheit der Bevölkerung gebracht hatten, wurden seit den 1980er Jahren zurückgedrängt.

In Deutschland sind die Lohn- und Einkommensunterschiede geringer ausgeprägt als im angelsächsischen Raum. Aber auch hierzulande verschärfen digitale Geschäftsmodelle die Einkommensungleichheit. Die fortschreitende Auslagerung von Arbeit aus bisherigen betrieblichen Zusammenhängen schwächt die Verhandlungsmacht der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.

Digitale Plattformen stellen die institutionell verankerte und sozial geregelte Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung in Frage. Arbeits- und sozialrechtliche Ansprüche geraten unter Druck. Gleiches gilt für die Regulierung von Arbeitszeit und Entgelt. Die Ausschreibung von Aufträgen über Online-Plattformen bedeutet Beschäftigung ohne soziale Absicherung. Auch deswegen ist Arbeit unter dem Regime der Digitalisierung häufig billige, unsichere und ungesunde Arbeit.

Auch die Ungleichheit nach staatlicher Umverteilung steigt in vielen Industrieländern. Apple, Amazon, Google, Facebook & Co. tricksen die nationalen Finanzbehörden aus, um möglichst wenig Steuern zahlen zu müssen. So zahlt Amazon in Europa weniger als ein Prozent Gewinnsteuer. Apple und Google versteuern ihre Auslandsgewinne nur mit drei Prozent. Diese Steuerumgehung schadet den Sozialstaaten, und sie reduziert die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Institutionen.

Politische Herausforderungen

Die Gewerkschaften versuchen, die humanisierenden und emanzipatorischen Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Der digitale Fortschritt soll den allgemeinen Wohlstand und die Lebensqualität steigern. Dafür bedarf es einer gezielten gestalterischen und beteiligungsorientierten Initiative der Gewerkschaften.

» Gewerkschaften wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen.

⁶ Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Wiedererhebung der Vermögensteuer in Deutschland - DIW Berlin: Politikberatung kompakt 108, 2016, Tab. 2, S. 18.

schaften sowie politischer Interventionen des Staates.⁷

Ein politisch gut gestalteter digitaler Wandel schafft mehr Jobs. Das Hochtechnologieland Deutschland hat gute Chancen, viele digitale Produkt- und Prozessinnovationen selbst zu entwickeln und herzustellen. Zudem müssen arbeitsplatzschaffende Innovationen gezielt gefördert und gesellschaftlich notwendige und soziale Dienstleistungen, die relativ rationalisierungsresistent sind, ausgebaut werden. Beschäftigte müssen bei der Gestaltung und Einführung neuer Techniken und digitaler Prozesse beteiligt werden. Eine Verkürzung und gerechtere Verteilung der Arbeitszeit kann dazu beitragen, negativen Beschäftigungseffekten des digitalen Strukturwandels entgegenzuwirken.

Der mittels Digitalisierung wachsende Reichtum muss allen zugutekommen. Digitale Produktivitätsgewinne und Rationalisierungsdividenden müssen deshalb in gesellschaftliche Bedarfswelder umgelenkt werden. Dafür muss zunächst die Durchsetzungskraft der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften in der digitalen Wirtschaft gestärkt werden.

Von zentraler – auch ökonomischer – Bedeutung ist es, die volkswirtschaftliche Nachfrage zu stärken. Es muss gelingen, die zu erwartenden Produktivitätszuwächse in Reallohngevinne und damit in zusätzliche Nachfrage umzusetzen. Dies ist eine notwendige Bedingung, wenn Digitalisie-

rung keine Beschäftigungsverluste zur Folge haben soll: Denn zusätzliche Nachfrage führt zu zusätzlicher Produktion und damit zu neuen Arbeitsplätzen.

Aus diesem Grund sollten die Lohnzuwächse künftig mindestens so stark ausfallen wie das Produktivitätswachstum plus Preissteigerungen. Eine höhere Tarifbindung und Mindestbedingungen helfen dabei, dieses lohnpolitische Ziel zu erreichen. Darüber hinaus sollten die betrieblichen Mitbestimmungsrechte auf Auftragsvergaben, Out- und Crowdsourcing ausgeweitet werden. Für Werkvertragsnehmer, Soloselbständige und Crowdworker müssen Mindestbedingungen hinsichtlich der Vertragsinhalte und Honorarhöhen festgelegt werden.

Auf die neuen beruflichen Anforderungen der digitalen Arbeitswelt sollte mit einer Aus- und Weiterbildungsoffensive geantwortet werden. So können die Beschäftigungschancen verbessert werden. Beschäftigte, deren Jobs von digitaler Automatisierung akut bedroht sind, brauchen präventive Weiterqualifizierung und Rationalisierungsschutz. Ferner geht es darum, die exorbitanten Profite der IuK-Branche steuerlich besser abzuschöpfen. Die legalen Steuertricksereien müssen endlich beendet werden.

Es liegt jetzt an den Gewerkschaften und der Politik, den digitalen Fortschritt im Interesse der Beschäftigten zu gestalten. Eine erfolgreiche politische Gestaltung könnte die Digitalisierung zu einem Mittel machen, besseres Arbeiten und Leben und mehr Wohlstand für alle zu erreichen.

⁷ Gute Arbeit und Gute Dienstleistungen in der digitalen Welt, Beschluss des Verdi-Bundeskongresses 2015.

Impressum

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin – Ressort 1, Frank Bsirske
Bereich Wirtschaftspolitik: Dr. Dierk Hirschel, Ralf Krämer, Dr. Patrick Schreiner, Anita Weber
Kontakt: wirtschaftspolitik@verdi.de

Dezember 2016